

Antworten der GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine zum Themenkomplex „Gleichstellung“

Öff. Raum/Stadtentwicklung

Wie stellen Sie sicher, dass die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung berücksichtigt werden (z.B. kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit / Behindertengerechtigkeit, Reduzierung von Angsträumen)?

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Stadtentwicklung den Menschen und das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt stellt. Uns ist bewusst, dass z. B. Kitaplätze in der Nähe, eine gute Verkehrsanbindung und Einkaufsmöglichkeiten insbesondere Frauen zugutekommen. Die genannten Punkte wie kurze Wege, dezentrale Infrastruktur und Barrierefreiheit sind wichtige Bestandteile unserer Grünen Politik. Wir unterstützen die Erstellung von Gestaltungsleitlinien für die Bauleitplanung, in die die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen aufgenommen werden, wie beispielsweise eine bedarfsabhängige Beleuchtung zur Reduzierung von Angsträumen.

Was halten Sie von verbindlichen Vorgaben für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen, damit auch die Verdienste von Frauen sichtbar gewürdigt werden?

Wenn Straßen nach Menschen benannt werden, befürworten wir verbindliche Vorgaben, damit auch die Verdienste von Frauen sichtbar werden.

Kinderbetreuung/Bildung

Wie wollen Sie die Versorgung mit kostengünstigen Ferien- und Förderangeboten für Schulkinder weiter ausbauen?

Der Brückenkopfpark, auch mit seinen außerschulischen Lernorten, eignet sich zum Beispiel hervorragend für das Angebot von Ferien- und Förderangeboten. Um noch mehr dieser Angebote anbieten zu können, muss die Arbeit der Sozialarbeiter*innen ausgebaut werden.

Wie wollen Sie die Förderung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund verstärken?

Wir müssen dafür sorgen, dass die Bedürfnisse von Migrantinnen mehr wahrgenommen werden, insbesondere wenn es um Bildungsarmut geht. Eine Aufstockung der Sozialarbeiter*innenstellen an den Schulen ist eine Maßnahme in diese Richtung. Speziell auf Frauen ausgerichtete Sprachkurse der VHS, bei denen eine Kinderbetreuung angeboten wird, sind eine weitere Möglichkeit, Migrantinnen zu unterstützen. Auch gibt es Förderprogramme, mit denen zum Beispiel die VHS den Einstieg von Frauen und Mädchen in die Erwerbswelt fördern kann.

Wohnen

Wie wollen Sie die Anstrengungen für mehr finanzierbaren Wohnraum verstärken, der insb. von Alleinerziehenden, Allein- und Geringverdienenden sowie Frauen mit kleiner Rente oder geringem Einkommen gebraucht wird?

Bei größeren Bauvorhaben/Mehrfamilienhäusern wollen wir Grüne in Bebauungsplänen eine Quote für öffentlich geförderten Wohnraum vorgeben. Bei Baugebieten fordern wir ein neues Denken: Verschiedene Wohnungsgrößen, Nutzungsmischung, neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und gute ÖPNV-Anbindung. Wichtig ist es, auch an barrierefreies Wohnen zu denken. Gemeinschaftsbauprojekte, die von vielen Menschen gemeinsam, beispielsweise durch Gründung einer Genossenschaft betrieben werden, werden wir befürworten.

Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um die Verteilung von Wohnraum bedarfsgerechter zu gestalten und innovative Wohnraumprojekte zu fördern?

Gerade für Frauen, insbesondere Alleinerziehende, ist es besonders wichtig, dass es bezahlbaren Wohnraum für sie gibt. Über die oben genannte Quote wollen wir erreichen, dass ein ausreichender Anteil an preiswerten Wohnungen zur Verfügung steht. Innovative Wohnraumprojekte, in denen sich die Bewohner*innen gegenseitig unterstützen, haben unsere volle Unterstützung.

Gewalt

Wie wollen Sie sicherstellen, dass es dauerhaft ausreichend Beratungs- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen gibt?

Die Finanzierung bestehender Projekte wie dem Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ muss gesichert werden. Auch der Verein Goldrute e.V./Migrantinnennetzwerk gegen häusliche Gewalt leistet im Kreis Düren eine wichtige Arbeit, die unterstützt werden muss. Ein großes Manko in Jülich ist die Unterbringung von wohnungslosen Frauen neben der Feuerwache, hier muss dringend eine verfassungskonforme Unterbringungsmöglichkeit gefunden werden.

Plant Ihre Partei Maßnahmen zur Bekämpfung von Sexismus, sexualisierter Gewalt und gruppenbezogener Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Sexualität?

Die Grünen setzen sich für eine konsequente Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ein. Wir sind gegen jede Art der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität. Gewalt gegen Frauen wollen wir entschlossen entgegentreten. Auch Präventionsarbeit z. B. durch den Verein Basta e.V. in Kindergärten und Schulen halten wir für wichtig.

Sieht Ihre Partei auch einen Bedarf für qualifizierte Männerberatungsangebote?

Ja, auch für Jungen, Männer und Diverse ist es uns wichtig, qualifizierte Beratungsangebote zu machen.

Welchen Beitrag leistet Ihre Partei, damit es ausreichend medizinische Behandlungsmöglichkeiten und Beratungsangebote bei Schwangerschaftskonflikten gibt?

Wir GRÜNE wollen eine gute, sichere und umfassende Versorgung von ungewollt Schwangeren. Dazu zählt auch eine umfassende Information zu Schwangerschaftsabbrüchen durch Ärztinnen und Ärzte. Die Neuregelung der Bundesregierung zum Paragraf 219a Strafgesetzbuch lehnen wir daher ab und fordern Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte und ausreichende Informationen für Frauen.

Repräsentanz von Frauen

Was tun Sie, damit Frauen und Männer gleichberechtigt Zugang zu Kandidaturen bei der Kommunalwahl haben?

Die Wahlvorschläge und die Reserveliste der Grünen sind paritätisch besetzt.

Wie stellen Sie sicher, dass die Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (u.a. Alter, Herkunft) ermöglicht wird?

Bei der Besetzung der Ämter und der Aufstellung der Mandate ist für uns ein ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen wichtig. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind zwischen 19 und 77 Jahre alt und kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen. Wir müssen hier in Jülich jedoch noch daran arbeiten, mehr Menschen mit Migrationshintergrund für unsere Arbeit zu begeistern.

Gibt es Konzepte Ihrer Partei, um den Frauenanteil im Rat zu erhöhen? Wenn ja, was planen Sie konkret?

Die Grünen stellen von jeher paritätisch besetzte Listen für alle Wahlen auf. Wir halten es darüber hinaus aber auch für erforderlich, die Rahmenbedingungen für Frauen zu verbessern, da es für sie oft schwierig ist, Beruf, Familie und Politik unter einen Hut zu bringen.

Was unternehmen Sie, damit bei Auszeichnungen (z.B. Preise, Orden, Denkmäler) herausragende Frauen angemessen berücksichtigt werden?

Mit dem Ehrenring der Stadt Jülich wurden nach Informationen des „Herzogs“ seit dem Jahr 1964 25 Personen ausgezeichnet, darunter lediglich 2 Frauen. Wir werden darauf dringen, dass künftig mehr Frauen berücksichtigt werden.

Befürworten Sie die Einführung einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von Jülicher Beteiligungsgesellschaften? Wenn ja, wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Die Zahl der Frauen in den Aufsichtsräten ist beschämend niedrig. Wir halten deshalb eine Quote von 50 % für notwendig und werden uns dafür stark machen, diese schrittweise zu erreichen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes in die Satzungen der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften aufzunehmen, wie in § 2 Abs. 2 LGG NRW geboten?

In den städtischen Tochtergesellschaften müssen die Vorgaben des LGG NRW umgesetzt werden.

Übergreifendes

Was versteht Ihre Partei unter einer geschlechtergerechten Mittelverwendung im städtischen Haushalt? Was planen Sie, wie eine solche Mittelverwendung umgesetzt werden soll (z.B. Gender Budgeting)?

In unseren Augen erfordert die Implementierung von Gender Mainstreaming bei der Mittelverwendung einen längeren Prozess. Es gibt dazu zum Beispiel eine vom Deutschen Städtetag herausgegebenen Arbeitshilfe zum Gender Mainstreaming. Die Grünen unterstützen Schritte in diese Richtung grundsätzlich.

Welche Bedeutung messen Sie dem Ziel Nr.5 (Gender Equality) der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) für die Stadt Jülich bei?

Wir GRÜNE messen dem Ziel eine große Bedeutung bei. Die Beteiligung von Frauen erfolgt oft zu ungleichen Bedingungen, beeinträchtigt durch geschlechtsspezifische Normen und Erwartungen. Damit werden wichtige Chancen verpasst.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, kommunalen MandatsträgerInnen mit Familienverpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen?

Die Kosten für die Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen müssen umfassender übernommen werden. Auch Kinderbetreuungsangebote im Rathaus zu den Sitzungen sollten eingeführt werden.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger mit Familienverpflichtungen städtische Dialog-Veranstaltungen und Beteiligungsangebote auch wahrnehmen können (Kinderbetreuung, attraktive Online-Formate, ...)?

Es sollte bei solchen Veranstaltungen generell die Möglichkeit einer Kinderbetreuung angeboten werden.

Wie stehen Sie zur Erweiterung eines bestehenden Ratsausschusses um das Thema Gleichstellung?

Die Grünen glauben nicht, dass die bloße Umbenennung eines Ausschusses zu mehr Gleichstellung führt. Das Thema sollte auch als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Durch eine Erhöhung des Budgets der Gleichstellungsbeauftragten, kann diese wichtige

Arbeit noch mehr unterstützt werden. Hierfür werden wir uns bei den Haushaltsberatungen einsetzen.